Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde,

zum zweiten Mal in diesem Jahr stehen wir, die paderborner intitative gegen den krieg und pax christi hier am Rathaus Paderborn und protestieren gegen Krieg. War es im Januar der Krieg in und um Gaza, der sich im Nachhinein als das herausgestellt hat, was die Friedensbewegung schon vorher festgestellt hat: um eine völkerrechtswidrige Vorbeuge und Strafaktion Israels, bei der hauptsächlich die Zivilbevölkerung getroffen wurde, so ist es jetzt der Krieg in Afghanistan, dessen Opfer wiederum die Zivilgesellschaft dieses Landes ist. Wie im Januar wenden wir uns gegen Krieg, der, so unsere Überzeugung, „nach Gottes Wille nicht sein darf".
Wie sieht es aus in diesem geschlagenen Land? Von einer Niederlage des erklärten Feindes, den Taliban, hört man immer weniger – im Gegenteil. Dieser Gegner ist stärker denn je. Weite Teile des Landes werden von den Taliban beherrscht, der Drogenanbau zeigt ungeahntes Wachstum, ein wirtschaftlicher Aufbau ist nicht zu verzeichnen. Wir erleben eine Wiederwahl des Präsidenten Karsai, bei der unter den Augen der Besatzungsmächte erhebliche Wahlmanipulationen festgestellt werden. Warlords und Korruption bestimmen das Leben. Die Bundeswehr ist jetzt im Wesentlichen damit beschäftigt, sich selbst zu schützen.

8 Jahre dauert dieser Krieg inzwischen, zwei Jahre mehr als der 2. Weltkrieg. Bald werden 100 000 Soldaten aus 40 Ländern im Einsatz sein, der größte Teil davon US-Amerikaner. Die militärischen Kosten belaufen sich allein für die USA bislang auf 223 Mrd. Dollar. An Hilfsleitungen wurden seit Kriegsbeginn insgesamt 15 Mrd. Dollar bezahlt. Ein ähnliches Miss- Verhältnis zwischen militärischen Kosten und Aufwendungen für Hilfsprojekte besteht bei der Bundesrepublik Deutschland.

Es ist nicht vermessen, festzustellen, dass die im Herbst 2001 begonnenen militärischen Operationen OEF und ISAF gescheitert sind. Deswegen gibt es Forderungen nach immer mehr Soldaten und immer mehr Geld. Aber Krieg ist nicht die Lösung, sondern das Problem. Nach deutscher politischer Auffassung darf dieser Militäreinsätze auch nicht Krieg genannt werden, sondern, und das ist die neueste Sprachregelung von Verteidigungsminister Jung: Stabilisierungseinsatz. Wenn man bedenkt, dass in der Nacht von Donnerstag auf Freitag vergangener Woche bei einem solchen Stabilisierungseinsatz weit mehr als 50 Menschen (die Nato spricht von über 100 Toten und Verletzten) getötet wurden, von denen sicherlich ein ganz erheblicher Anteil Zivilpersonen waren, so wird man wütend ob des Begriffs Stabilisierung. Wir wollen auch keine Kollateralschäden, die angeblich mitunter nicht zu vermeiden seien. Menschen sind niemals Kollaterale, niemals Begleiterscheinungen..

Immerhin dürfen die getöteten deutschen Soldaten jetzt: „Gefallene“ genannt werden, gestern wurde für sie in Berlin ein Ehrenmal eingeweiht. Aber wie der Teufel das Weihwasser so wird in der deutschen Politik das Wort Krieg vermieden, obwohl in

Afghanistan Soldaten „fallen“, Flugzeuge Bomben abwerfen, unschuldige Menschen in großer Zahl getötet und Häuser und Städte zerstört werden und das Volk unter Besatzern leidet. ISAF, International Security Assistance Force, internationale Sicherheitsunterstützungstruppe nennt sich der NATO Einsatz in Afghanistan. Auf Dari, der in diesem Land am meisten gesprochenen Sprache wird das übersetzt mit: „Hilfe und Kooperation“. Im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse muss man das als zynisch bezeichnen. Doch wir sollen nicht nur das Wort Krieg nicht verwenden, sondern wir sollen am besten überhaupt nicht über Afghanistan nachdenken. In einer unheiligen übergroßen Koalition aus CDU, CSU, SPD, FDP und GRÜNEN hat man beschlossen, das Thema Afghanistan – Krieg aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Nun zwingen die aktuellen Ereignisse die Parteien zu Stellungnahmen, aber mehr als Durchhalteparolen und Durchwursteln ist nicht zu vernehmen. Die deutsche Bevölkerung lehnt mit großer Mehrheit (der ARD – Deutschlandtrend sprach im Juli von 69%) diesen Krieg ab. Angeblich ist der Wähler der Souverän in unserer Demokratie. In den Vereinigten Staaten ist die Zustimmung zu diesem Krieg erstmals unter 50% gesunken. Es muss verlangt werden, dass die Politik sich dem Bürger stellt und die Forderungen der Bürger umsetzt.
Der Irak – Krieg wurde von den Deutschen und auch der Regierung seinerzeit als „BUSH“-Krieg, also Krieg des amerikanischen Präsidenten George W. Bush, als böser Krieg angesehen. Deutschland weigerte sich, sehr zum Unwillen der Amerikaner, an diesem Krieg teilzunehmen. Im Gegensatz dazu wird der Afghanistan – Krieg als guter Krieg angesehen, insbesondere von der ebengenannten

übergroßen Koalition. Dies ist Unsinn. Es gibt keine guten Kriege. Krieg ist nicht, wie Clausewitz meinte (und in der Weltpolitik immer noch gegenwärtig), die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sondern Versagen von Politik. Die internationale katholische Friedensbewegung pax christi fordert den Abzug der Truppen aus Afghanistan und einen öffentlichen, ehrlichen Diskurs vor und nach dem Bundestagswahlkampf. Heribert Prantl hat in der Süddeutschen Zeitung den Satz von Peter Struck, die Freiheit Deutschlands werde am Hindukusch verteidigt, als einen der törichtsten der deutschen Nachkriegsgeschichte bezeichnet. Dem ist zuzustimmen. Am Hindukusch wird nicht die deutsche Freiheit verteidigt, sondern das Ansehen und die Würde Deutschlands aufs Spiel gesetzt. Pax christi fordert eine Transformation: weg vom Krieg hin zu einer zivilen Friedenspolitik. Nach unserem Verständnis muss in Afghanistan endlich die Zivilgesellschaft unterstützt und aufgebaut werden. Die großen Hilfsorganisationen wie Brot für die Welt, Caritas International und Misereor haben immer wieder betont, dass Militäreinsätze häufig kontraproduktiv zu ihren Bemühungen sind. Auch die Vereinten Nationen müssen sich ihrer Verantwortung zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in Afghanistan stellen. Andreas Buro hat für die Kooperation für den Frieden, der sich viele deutsche Friedensorganisationen und auch pax christi angeschlossen haben, einen umfassendes Konzept für eine zivile Strategie für Frieden, Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan vorgelegt. Dieses ist eine gute Grundlage für die weitere Friedensarbeit. Im Internet kann man dies unter www.friedenskooperative.de nachlesen und herunterladen

(Monitoring - Projekt Zivile Konfliktbearbeitung Gewalt - und Kriegsprävention Dossier IV Der Afghanistan – Konflikt).
Im Jargon heißt es etwas scherzhaft: wer nur einen Hammer hat, für den sehen alle Dinge wie Nägel aus. Die Bundesregierung benutzt meiner Meinung nach nur diesen Hammer: Militäreinsätze in Afghanistan und weltweit. Sorgen wir dafür, dass diese Regierung endlich vernünftiges Werkzeug in die Hand nimmt, das nicht wie das bisherige kaputt macht, was es angeblich heil machen soll. Schluss mit dem Krieg in Afghanistan. Frieden und Freiheit für dieses Land.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.